

Positionierung des BDK Sachsen zur Standortfrage der Hochschule der Sächsischen Polizei

27.08.2022

Seitens mehrerer Professoren der Hochschule der Sächsischen Polizei wurden in einem Schreiben Argumente für einen Standortwechsel der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) von Rothenburg an die Hochschule Meißen (FH) zusammengefasst. Der Hauptpersonalrat äußerte sich in einem Statement im Intranet mit einer gemeinsamen Positionierung.

Im engen gemeinsamen Austausch der drei Gewerkschaften, zusammen mit dem HPR, konnte Einigkeit zu folgenden Punkten erzielt werden:

Einer perspektivischen geografischen Verlagerung des Studienanteils der Hochschule der Sächsischen Polizei an eine geeignetere geografische Position im Zentrum des Freistaates Sachsen, stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber.

Als oberste Prämisse sehen wir die Beibehaltung der Organisationsstruktur. Eine organisatorische Angliederung an die Verwaltungsschule in Meißen oder eine andere Hochschule lehnen wir deutlich ab.

Wir sprechen uns entschieden für eine Beibehaltung der Eigenständigkeit der Hochschule der Sächsischen Polizei aus. Aus- und Fortbildung ist weiterhin organisatorisch unter einem Dach und in der Hand der Polizei zu führen.

Im Kontext der durch den Minister angekündigten Qualitätsinitiative empfehlen wir neben einer geografischen Verlagerung des Grundstudiums auch eine sich an das Grundstudium anschließende berufsspezifische Spezialisierung am Standort des FBZ Bautzen.

Der BDK empfiehlt die bereits am FBZ Bautzen vorhandenen Kompetenzen der Fortbildung zu nutzen und den zweiten Studienanteil an der späteren Erstverwendung orientierend zu spezialisieren und an das FBZ Bautzen anzugliedern. Hierbei sollte das FBZ Bautzen sowohl personell, als auch hinsichtlich der Kapazität dazu ertüchtigt werden, die - nach aktuellem Stand - jährlich 75 zusätzlichen Aufsteiger zu schulen. Eine Beibehaltung und Stärkung der Fortbildung am Standort Bautzen wird als sinnvoll angesehen.

Hier könnte die durch den BDK geforderte Spezialisierung in Hinblick auf die spätere Verwendung erfolgen. Weiterhin tragen diese Maßnahmen zur Planungssicherheit der Studierenden bei. Ein späterer Wechsel der Verwendungen der Absolventen soll dem nicht entgegenstehen.

Wir werden das Thema weiterhin intensiv begleiten.

Torsten Schmortte

Kommissarischer Landesvorsitzender